

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

100. Sitzung

Berlin, Freitag, den 25. März 2011

Inhalt:

Zusatztagsordnungspunkt 12:

– Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) vom 13. Oktober 2010 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Drucksachen 17/5190, 17/5251 (neu))	11477 B
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/5252)	11477 B
Elke Hoff (FDP)	11477 D
Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)	11478 C
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU)	11480 B
Jan van Aken (DIE LINKE)	11481 C
Elke Hoff (FDP)	11482 D
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11483 B
Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU)	11484 C
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11484 D
Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister AA	11485 A
Dr. h. c. Gernot Erler (SPD)	11486 B

Florian Hahn (CDU/CSU)	11486 D
Jan van Aken (DIE LINKE)	11487 C
Dr. Bijan Djir-Sarai (FDP)	11488 A
Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11489 A
Philipp Mißfelder (CDU/CSU)	11489 C
Namentliche Abstimmung	11490 D
Ergebnis	11492 D

Tagesordnungspunkt 29:

a) Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Richard Pitterle, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern (Drucksache 17/4878)	11491 A
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Richard Pitterle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Vermögensteuer als Millionärsteuer wieder erheben (Drucksachen 17/453, 17/4594)	11491 A
Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)	11491 B
Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU)	11495 A
Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)	11496 B
Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11497 C

(A)

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Scheel, Christine	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.03.2011
Schieder (Weiden), Werner	SPD	25.03.2011
Schmidt (Eisleben), Silvia	SPD	25.03.2011
Dr. Schweickert, Erik	FDP	25.03.2011
Sendker, Reinhold	CDU/CSU	25.03.2011
Tören, Serkan	FDP	25.03.2011
Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	25.03.2011
Wagner, Daniela	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.03.2011
Werner, Katrin	DIE LINKE.	25.03.2011
Zapf, Uta	SPD	25.03.2011
Zypries, Brigitte	SPD	25.03.2011

für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

(B)

Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: **Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) vom 13. Oktober 2010 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Zusatztagsordnungspunkt 12)**

Josip Juratovic (SPD): Ich unterstütze die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz von AWACS in Afghanistan. Die Aufklärungsflüge sind eine wichtige logistische Unterstützung für die Sicherheit unserer Soldaten.

Ich verurteile allerdings, dass die Bundesregierung den AWACS-Einsatz mit der Frage nach einem Eingreifen in Libyen verknüpft. Diese Verknüpfung ist verlogen; denn die Frage nach einer Beteiligung der Bundeswehr am AWACS-Einsatz in Afghanistan hätte so oder so in den kommenden Wochen auf der Tagesordnung gestanden.

Nun wurde ein Eilverfahren angestoßen, sodass sich der Bundestag innerhalb von nur einer Woche mit der Thematik auseinandersetzen musste. Ich verurteile es, dem Parlament für eine so wichtige Entscheidung so wenig Zeit zu lassen und mit vermeintlichen Sachzwängen eine schnelle Entscheidung zu erzwingen.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Das heute zur Abstimmung stehende AWACS-Mandat im Rahmen der ISAF in Afghanistan ist eine Kompensation für eine historische Fehlentscheidung der deutschen Außenpolitik, nämlich sich am vergangenen Freitag im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über die Errichtung einer Flugverbotszone in Libyen zum Schutz der Zivilbevölkerung enthalten zu haben. Libysche Regierungstruppen standen wenige Kilometer vor Bengasi, und der Diktator Gaddafi hatte dort ein Massaker angekündigt, das nur durch eine schnelle Entscheidung des Sicherheitsrats und ein schnelles Eingreifen Frankreichs noch verhindert werden konnte. Wollten wir in Deutschland zuschauen, um dann später wieder mit Gaddafi zu verhandeln?

Die Kompensation, unser Engagement in Afghanistan auszuweiten, ist auch wenig nachvollziehbar, da der Westen hier seit vielen Jahren in einer Sackgasse steckt und das Engagement von allen Beteiligten baldmöglichst beendet werden soll.

Deshalb enthalte ich mich der Stimme.

Ute Kumpf (SPD): Ich stimme dem Antrag der Bundesregierung zu, obwohl die Bundesregierung die Entsendung deutscher Kräfte im Rahmen von AWACS-Aufklärungsflügen über Afghanistan mit der Frage einer deutschen Beteiligung an der internationalen Militäraktion gegen Libyen verknüpft und damit den Anschein erweckt hat, die deutsche Beteiligung an der AWACS-Mission in Afghanistan sei eine Kompensation für die Nichtteilnahme im Rahmen der internationalen Mission Odyssee Dawn.

Diese Form eines modernen Ablasshandels ist ein weiterer Beleg für die Konzeptlosigkeit und Unglaubwürdigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung. Sie zerstört mit dieser unzulässigen Verquickung ein über Jahrzehnte durch Regierungen aller politischen Couleure aufgebautes Vertrauen in Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik.

Die Zustimmung zur AWACS-Mission ist dennoch richtig. Sie wird nicht dadurch obsolet, dass sie in einem falschen Zusammenhang steht, mangelhaft begründet wird und in einem Verfahren durch das Parlament gepeitscht wird, das seinesgleichen sucht.

Eine Mandatierung für den AWACS-Einsatz hätte ohnehin im April erfolgen müssen. Die Besetzung der schon jetzt aktiven Aufklärer mit Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr steht nicht in Widerspruch zu der von der SPD durchgesetzten Abzugsperspektive, nach der der Abzug von Kampftruppen noch im Jahre 2011 begonnen und 2014 abgeschlossen werden soll.

Auch die im Bundestagsmandat Ende Januar festgeschriebene Obergrenze von maximal 5 350 Bundeswehr-

(C)

(D)